

Chinesische Perspektiven: *Politik*

Band 4

Hou Zhongjun

Übersetzt von Wang Enuo

Die chinesischen
auswärtigen
Beziehungen
und der
Erste Weltkrieg

ibidem

Hou Zhongjun

**Die chinesischen auswärtigen Beziehungen und
der Erste Weltkrieg**

Übersetzt von Wang Enuo

Chinesische Perspektiven

Politik

Herausgegeben von Ole Döring

Band 4

Hou Zhongjun

**DIE CHINESISCHEN AUSWÄRTIGEN
BEZIEHUNGEN UND
DER ERSTE WELTKRIEG**

Übersetzt von Wang Enuo

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

The Innovation Program of the Chinese Academy of Social Sciences

This edition is an authorized translation from the Chinese language edition

Published by arrangement with SSAP

All rights reserved



ISBN-13: 978-3-8382-7355-6

© *ibidem*-Verlag, Stuttgart 2024

Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und elektronische Speicherformen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

All rights reserved. No part of this publication may be reproduced, stored in or introduced into a retrieval system, or transmitted, in any form, or by any means (electronic, mechanical, photocopying, recording or otherwise) without the prior written permission of the publisher. Any person who does any unauthorized act in relation to this publication may be liable to criminal prosecution and civil claims for damages.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	11
------------------------	-----------

Kapitel 1: Chinas Diplomatie vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs

1.1 Erlangen der Anerkennung durch westliche Mächte.....	19
1.1.1 Ursprung des Problems der Anerkennung: diplomatische Bestätigung der Identität der kriegführenden Gruppe der Hubei-Militärregierung	20
1.1.2 Anerkennung der Übergangszeit	22
1.1.3 „Die Gründung liegt bei mir, die Anerkennung liegt bei anderen“: Untersuchung der Anerkennung der Regierung der Republik China und die Reaktionen darauf	27
1.1.4 Problem der Verlängerung des Anerkennungsprozesses durch die Vereinigten Staaten	30
1.2 Verhandlungen mit Russland und Großbritannien über Tibet und die Äußere Mongolei.....	35
1.2.1 Russlands Unterstützung für die Autonomie in der Äußeren Mongolei	35
1.2.2 Großbritannien und Tibet.....	39
1.3 Internationales Bankenkonsortium und die Kreditaufnahme in den Anfangsjahren der Republik China	42
1.3.1 Vereinheitlichung der Auslandsdarlehensrechte	42
1.3.2 Großes Darlehen zur Sanierung.....	43
1.3.3 Fortsetzung der Finanzkrise	47

Kapitel 2: Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs und Chinas erste Reaktion

2.1 Ankündigung der Neutralität durch die Regierung in Peking.....	55
2.1.1 Ankündigung diplomatischer Verhandlungen vor der Neutralität.....	55
2.1.2 Wahl des Zeitpunkts für die Neutralitätsproklamation durch die Regierung in Peking.....	60
2.1.3 Verkündung der Neutralität durch die Regierung in Peking	63
2.2 Versuch der Neutralitätsgarantie.....	64
2.2.1 Verhandlungen mit Japan und den Vereinigten Staaten.....	64
2.2.2 Japans Lobbyarbeit für die Teilnahme am Krieg.....	67
2.2.3 Chinas interne Empfehlungen.....	69

2. 3 Japans diplomatische Bemühungen vor und nach dem japanischen Ultimatum an Deutschland.....	70
2. 3. 1 Japans Ultimatum an Deutschland.....	70
2. 3. 2 Verhandlungen über die direkte Wiederinbesitznahme von Qingdao.....	72
Kapitel 3: Kriegserklärung Japans an Deutschland und Einfall in Shandong	
3. 1 Abgrenzung der Kriegsgebiete durch China	81
3. 1. 1 Verhandlungen über die Abgrenzung der Kriegsgebiete	81
3. 1. 2 Die Frage des Völkerrechts bei der Abgrenzung des Kriegsgebiets	84
3. 2 Besetzung der Jiaoji-Eisenbahn und Shandong durch Japan.....	87
3. 2. 1 Eroberung der Jiaoji-Eisenbahn durch die japanische Armee.....	87
3. 2. 2 Belästigung von Shandong und Besetzung von Qingdao durch die japanische Armee	90
3. 3 Verhandlungen über die Abschaffung der Kriegsgebiete.....	94
3. 3. 1 Vorschlag der Peking-Regierung zur Abschaffung des Kriegsgebiets	95
3. 3. 2 Regierungsbeschluss über die Abschaffung des Kriegsgebiets.....	96
3. 3. 3 Verhandlungen über die Zollbehörde von Qingdao.....	98
Kapitel 4: Verhandlungen über die <i>Einundzwanzig Forderungen</i>	
4. 1 Japans Einundzwanzig Forderungen an China	103
4. 1. 1 Entwicklung der Einundzwanzig Forderungen.....	103
4. 1. 2 Vorlegen der Einundzwanzig Forderungen an China	107
4. 2 Diplomatische Antworten der Briten und anderer Großmächte auf die <i>Elf Forderungen</i>	109
4. 2. 1 Diplomatische Antworten gegenüber Großbritannien und anderen Mächten nach Bekanntwerden der <i>Elf Forderungen</i>	109
4. 2. 2 Reaktion Großbritanniens nach Kenntnisnahme des vollständigen Wortlauts der <i>Einundzwanzig Forderungen</i>	114
4. 3 Fünfundzwanzig Verhandlungen und Beratungen	123
4. 3. 1 Die erste Phase der Verhandlungen	124
4. 3. 2 Chinas erster umfassender Änderungsantrag	132
4. 3. 3 Verhandlungen über den Shandong-Abschnitt im ersten Artikel	133
4. 3. 4 Inländische Protestwellen und der Druck auf die Bekanntmachung des Volltexts	135

4. 3. 5 Frage der Region Nanman (Mandschurei) und der östlichen Inneren Mongolei im zweiten Artikel	139
4. 4 Vorschlag des japanischen Änderungsantrags und das Ultimatum ..	142
4. 4. 1 Japans Forderungen des zweiten Antrags	142
4. 4. 2 Chinas zweiter Änderungsantrag	145
4. 4. 3 Chinas diplomatische Reaktion und die Haltung verschiedener Länder nach der Stellung des Ultimatums durch Japan	149
4. 4. 4 Unterzeichnung des <i>Zivilvertrags Nr. 4</i>	153
4. 4. 5 Völkerrechtliche Fragen bei den Verhandlungen zu den <i>Einundzwanzig Forderungen</i>	156
4. 5 Yuan Shikais Krönung zum Kaiser und diplomatische Verhandlungen	158
4. 5. 1 Yuan Shikais eigene Vorbereitung der öffentlichen Meinung für seine Krönung	158
4. 5. 2 Der Wandel der Haltung der japanischen Regierung	160
4. 5. 3 Ermahnung der Alliierten und das Scheitern der Monarchie	161
 Kapitel 5: Vorbereitungstreffen zur Teilnahme als neutraler Staat (27. Februar)	
5. 1 Erste Ideen für die Teilnahmefrage an der Friedenskonferenz.....	173
5. 1. 1 „Über die Friedenskonferenz“ und der Vorschlag, an Friedenskonferenzen der Nachkriegszeit teilzunehmen	173
5. 1. 2 Diplomatische Note über die Teilnahme an der Friedenskonferenz nach dem Krieg	176
5. 2 Entsendung von Personal zu Untersuchungen in Europa.....	178
5. 3 Die erste diplomatische Untersuchung: Liu Shixuns Europareise.....	181
5. 3. 1 Liu Shixuns Untersuchung in europäischen Ländern.....	181
5. 3. 2 Liu Shixuns Vorschläge und die Einstellungen verschiedener Länder	184
5. 4 Gerüchte über die Mediation durch den Papst und Xia Yitings Europareise	187
5. 4. 1 Gerüchte über eine Mediation des Papstes	187
5. 4. 2 Xia Yitings Untersuchung in Europa.....	190

5. 5 Entsendung chinesischer Arbeiter nach Europa	198
 Kapitel 6: Der Abbruch der Chinesisch-deutschen Beziehungen und die Kriegserklärung an Deutschland	
6. 1 Anfänglicher Versuch: Bemühungen der Entente-Nationen um die Förderung des chinesisch-deutschen Abbruchs der Beziehungen im Jahr 1915.....	207
6. 1. 1 Russische Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich	207
6. 1. 2 Britisch-russische Meinungsverschiedenheiten	210
6. 1. 3 Japanischer Widerspruch zum chinesisch-deutschen Abbruch der Beziehungen.....	212
6. 2 „Proteste gegen Deutschland und die Vorhersage über den Abbruch“: Fragestellung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland.....	216
6. 2. 1 Vorschlag des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland durch die Vereinigten Staaten	216
6. 2. 2 Entscheidung der Peking-Regierung zugunsten der Proteste gegen Deutschland	218
6. 2. 3 Reaktionen aller Parteien nach den Protesten	218
6. 3 Kontroverse um den Abbruch der diplomatischen Beziehungen innerhalb der Peking-Regierung nach dem Protest	220
6. 3. 1 Probleme unter den Fraktionen innerhalb der Regierung und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen	220
6. 3. 2 Stimmen gegen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen	221
6. 3. 3 Stimmen für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen	223
6. 3. 4 Rücktritt von Duan Qirui und Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die Regierung	226
6. 4 Die Kriegserklärung an Deutschland	227
6. 4. 1 Verhandlungen mit den Entente-Nationen.....	228
6. 4. 2 Die Kriegserklärung an Deutschland	233
6. 5 Entsendung der Truppen nach Sibirien	239
6. 5. 1 Im Namen der Verteidigung gegen Deutschland: Unterzeichnung des <i>Notenaustausches zur Verteidigung gegen die gemeinsamen Feinde</i>	240
6. 5. 2 Militärabkommen von Heer und Marine und die Verhandlungen über dessen Ankündigung	243

6. 5. 3	Entsendung von Truppen nach Sibirien durch die Regierung in Peking	246
6. 5. 4	Japanische Truppen in Manzhouli (Mandschurei) und der Beginn des chinesisch-japanischen Militärabkommens	251
6. 6	Entsendung der Truppen in die Mongolei und Aufhebung der Autonomie.....	253
6. 6. 1	Plan der Entsendung von Truppen in die Äußere Mongolei.....	253
6. 6. 2	Entsendung der Truppen in die Mongolei durch die Regierung in Peking und Aufhebung der Autonomie der Äußeren Monoglei	256
 Kapitel 7: Pariser Friedenskonferenz und Chinas Diplomatie		
7. 1	Chinas Vorbereitungen auf die Pariser Friedenskonferenz.....	269
7. 1. 1	Chinas Erwartungen an die Pariser Friedenskonferenz und die Festlegung der diplomatischen Leitlinien	269
7. 1. 2	Bildung der chinesischen Delegation und Lu Zhengxiangs Abreise nach Europa.....	273
7. 2	Erfolglose Verhandlungen über das Shandong-Problem.....	275
7. 2. 1	Vorbringen des Shandong-Problems	275
7. 2. 2	Die Rede und Debatte von Wellington Koo auf der Konferenz	278
7. 2. 3	Chinas Vorbringen des Shandong-Problems auf der Konferenz.....	279
7. 2. 4	Verhandlungen mit anderen Ländern.....	282
7. 2. 5	Scheitern der Verhandlungen über das Shandong-Problem	284
7. 2. 6	Ausbruch der Bewegung des 4. Mai.....	287
7. 3	Ablehnung der Unterzeichnung des Vertrags	290
7. 4	Nach der Konferenz.....	295
7. 4. 1	Vorbehalte des US-Senats zum Vertrag mit Deutschland.....	296
7. 4. 2	Beendigung des Rechtsstreits zwischen China und Deutschland	297
 Kapitel 8: Ende der Diplomatie des Ersten Weltkriegs: Teilnahme der Peking Regierung an der Washingtoner Konferenz		
8. 1	Vorschlag für die Washingtoner Konferenz und chinesische Vorbereitungen	303
8. 1. 1	Britische Initiative und US-Einberufung	303
8. 1. 2	Chinas Vorbereitungen.....	306

8. 2 Aufstellung von zehn Prinzipien durch China und die Bestimmung der diplomatischen Verhandlungen über das Shandong-Problem außerhalb der Konferenz.....	321
8. 2. 1 Vorbereitung der chinesischen Delegation auf die Konferenz nach Ankunft in den Vereinigten Staaten	321
8. 2. 2 Eröffnung der Konferenz und die Einreichung des chinesischen Antrags	324
8. 2. 3 Die Aufstellung der Resolution von Root	326
8. 2. 4 Festlegung der diplomatischen Verhandlungen über die Shandong-Frage außerhalb der Konferenz	328
8. 3 Diskussion über verschiedene Prinzipien.....	331
8. 3. 1 Diskussion über konkrete Fälle in China	331
8. 3. 2 Auflösung der Anglo-Japanischen Allianz und Verabschiedung der Resolutionen zur China-Frage auf der Washingtoner Konferenz.....	341
8. 4 Lösung des Shandong-Problems und Abschluss der Konferenz.....	344
8. 4. 1 Aufnahme der chinesisch-japanischen Verhandlungen über das Shandong-Problem.....	344
8. 4. 2 Abschaffung der Einundzwanzig Forderungen	347
8. 4. 3 Lösung der Jiaoji-Eisenbahn-Frage.....	349
8. 4. 4 Lösung des Shandong-Problems und Verträge und Resolutionen zu verschiedenen Problemen in China	352
Schlussbemerkungen.....	361
Teil I	361
Teil II	362
Teil III	367
Über den Autor und die Übersetzerin	373

Einleitung

Bei der Betrachtung der modernen chinesischen Geschichte fällt auf, dass der Erste Weltkrieg zeitlich zwischen zwei historischen Ereignissen liegt, die für das moderne China von großer Bedeutung waren: die Revolution von 1911 und die Bewegung des 4. Mai im Jahr 1919. Verglichen mit diesen beiden Ereignissen schien der Erste Weltkrieg viel zu nebulös zu sein, was wohl auch der Grund dafür war, dass die chinesische Wissenschaft den chinesischen Verwicklungen im Ersten Weltkrieg lange keine Aufmerksamkeit schenkte. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Ersten Weltkrieg erfolgte über viele Jahre hinweg lediglich im Kontext historischer Untersuchungen über die Kriegsherren im Norden Chinas, wodurch eine objektive Darstellung über den Einfluss des Ersten Weltkriegs auf die historische Entwicklung des modernen China verhindert wurde.

Die chinesische Diplomatie während des Ersten Weltkriegs wird oft vereinfacht als eine Diplomatie des Ausverkaufs des Landes durch die Kriegsherren im Norden bewertet und ist in der Geschichtsforschung über das moderne China ein wenig untersuchter Gegenstand. Zu wichtigen Zusammenhängen und Knotenpunkten wie beispielsweise die Kriegsbeteiligung Chinas, die Pariser Friedenskonferenz und die *Einundzwanzig Forderungen* gibt es zwar bereits etliche Forschungsergebnisse, doch verglichen mit den Untersuchungen, inwieweit der Erste Weltkrieg die weitere Entwicklung Chinas beeinflusst hat, ist der Untersuchungsgegenstand der Diplomatie unterrepräsentiert.

Sehr lange Zeit herrschte in Fachkreisen die Überzeugung vor, der Erste Weltkrieg sei ein imperialistischer Krieg gewesen, zu dessen Beteiligung China sich nicht von Amerika und Japan hätte verleiten lassen sollen, und China sei auf der Pariser Friedenskonferenz der Beuteverteilung der Imperialisten zum Opfer gefallen. Doch je mehr geforscht wurde, desto mehr setzte sich die Überzeugung durch, dass Chinas Kriegsbeitritt richtig gewesen sei und dass die Friedenskonferenz in Paris China durchaus Vorteile gebracht hätte. Spätere Forschungsarbeiten deuteten an, dass die chinesische Entscheidung zum Kriegsbeitritt als der Wendepunkt von einer passiven Diplomatie hin zu einer aktiven Diplomatie und als der Beginn der aktiven Diplomatie der Peking Regierung angesehen werden kann.

Die akademischen Kreise hielten den Ersten Weltkrieg lange Zeit für einen imperialistischen Krieg, und China sollte nicht von den USA und insbesondere von Japan bedroht an diesem Krieg teilnehmen. China wurde auf der Pariser Friedenskonferenz auch Opfer der imperialistischen Bifurkationspolitik. Mit der Vertiefung der Forschung hat sich diese Situation allmählich verbessert, und man begann, Chinas Teilnahme am Krieg anzuerkennen. Es ist nicht unvernünftig zu glauben, dass Chinas Teilnahme auch mit Gewinnen und Verlusten auf der Pariser Friedenskonferenz einherging. Weitere Untersuchungen deuten darauf hin, dass die Teilnahme an einem europäischen Krieg eine bedeutende Veränderung der Außenpolitik Chinas vom Negativen zum Positiven hin bedeutete. Man kann sagen, dass die positive Diplomatie der späteren Peking Regierung auf diese Weise begann.

In Bezug auf die Teilnahme am Krieg hat dies die bisherige Forschung über Chinas Kriegsteilnahme aus der Sicht innenpolitischer Streitigkeiten wie *Flügelkampf* verändert und man begann, anhand der Frage der diplomatischen Entscheidungsfindung über die Teilnahme Chinas am Krieg nachzudenken. Diese Art des Denkens, aus dem Rahmen der innenpolitischen Geschichtsforschung auszusteigen und die Diplomatie des Ersten Weltkriegs zu überdenken, wird nach und nach ein Anliegen der akademischen Kreise und bewegt immer mehr Wissenschaftler dazu, über die Diplomatie der nördlichen Kriegsherren-Regierungen nachzudenken. Einige Untersuchungen haben sich von der Perspektive der Regionalgeschichte entfernt, den Slogan der internationalen Geschichtsforschung vorgebracht und die Beziehung zwischen dem Ersten Weltkrieg und Chinas Modernisierung untersucht.

Diese Studie nimmt Chinas Diplomatie während des Ersten Weltkriegs als Hauptforschungsgegenstand und konzentriert sich unter Berücksichtigung innenpolitischer Kämpfe hauptsächlich auf die Annahmen und Anwendungen außenpolitischer Entscheidungsträger und Umsetzer der Außenpolitik Chinas im Ersten Weltkrieg. Auf der Grundlage einer umfassenden Untersuchung der Bestände diplomatischer Archive werden wir die Mängel der vorigen Forschung ausgleichen und Chinas Diplomatie im Ersten Weltkrieg als Ganzes untersuchen. Insbesondere unter der Prämisse, die vorhandenen Forschungsergebnisse der akademischen Kreise vollständig zu absorbieren, werden Chinas Neutralität nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, die Diskussion über die Frage der Teilnahme am Krieg innerhalb Chinas, die Umsetzung der chinesischen „Arbeiter als Soldaten-Politik“ und die Diskussion über das chinesisch-deutsche Zerwürfnis und die Kriegserklärung sowie die endgültige Entscheidung, die Entsendung der chinesischen Truppen nach Sibirien, die Teilnahme Chinas an der Pariser Friedenskonferenz und andere wichtige Knotenpunkte systematisch behandelt.

Der Schwerpunkt dieser Studie liegt bei der systematischen Klärung des Kontextes des Ersten Weltkriegs in China. Es wird diskutiert, inwieweit im Kontext der raschen politischen Turbulenzen im Land, als man sich mit beiden Lagern der Alliierten auseinandersetzen musste, die chinesische Diplomatie gewählt und die Interessen Chinas gewahrt werden konnten. In diesem Buch werden soweit möglich die subtilen und komplizierten Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten, Russland, Großbritannien, Frankreich, Japan, Deutschland und anderen Ländern gemeinsam analysiert. Es wird dabei besonders auf das Zusammenspiel von Innenpolitik und Diplomatie geachtet. Angesichts wichtiger Entscheidungen ist die Wechselwirkung zwischen internen Angelegenheiten und Diplomatie eine der Schwierigkeiten in dieser Studie.

Als eines der Beispiele für interne und diplomatische Interaktionen wird ein spezielles Kapitel vorgestellt, in dem die nationale diplomatische Bewegung erörtert wird. Die nationale diplomatische Bewegung florierte in dieser Zeit, als viele einfache Menschen an der nationalen diplomatischen Bewegung teilnahmen. Zu bestimmen, welchen Einfluss dies auf die Diplomatie Chinas im Ersten Weltkrieg ausübte, ist eine weitere Schwierigkeit bei dieser Studie.

In der spezifischen Diskussion über die Diplomatie Chinas mit verschiedenen Ländern wird ein besonderes Augenmerk auf die Diplomatie mit Japan gelegt. Chinas Diplomatie im Ersten Weltkrieg konzentrierte sich weitgehend auf die Abwehr Japans. Die Zeit des Ersten Weltkrieges war einer der wichtigsten Knotenpunkte in der Gestaltung der japanischen Aggressionspolitik gegenüber China. Die Untersuchung der Ursprünge und Veränderungen der japanischen Aggressionspolitik während des Ersten Weltkrieges trug dazu bei, sie über einen langen Zeitraum hinweg zu verstehen und ihr Wesen zu analysieren.

Diese Studie basiert auf dem historischen Kontext der Entwicklung des Ersten Weltkriegs. Sie besteht aus drei Schlüsselpunkten: Neutralität, Kriegserklärung und Partizipation, die den grundlegenden Forschungsrahmen bilden. Auf der Grundlage der oben genannten drei Knotenpunkte wird die Wechselwirkung zwischen inneren Angelegenheiten und Diplomatie hinter jeder spezifischen Außenpolitik untersucht. In der Studie wurde festgestellt, dass sich die außenpolitischen Richtlinien aufgrund verschiedener Länder und Implementierer geändert haben. Das Studium der Diplomatiegeschichte sollte zunächst besonderen Nachdruck auf die Sammlung und Zusammenstellung von diplomatischen Archiven aus erster Hand legen. Die Diplomatie Chinas im Ersten Weltkrieg betraf die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Japan und andere Länder. Es ist eine der grundlegenden Aufgaben dieser Studie, so viel Material wie möglich aus den diplomatischen Archiven dieser Länder zu sammeln, das eine Verbindung zu China aufweist. Obwohl Chinas eigene diplomatische Archive einfach zugänglich sind, ist das vorherige Lesen und Überprüfen aufgrund der großen Anzahl auch eine der grundlegenden Aufgaben.

Obwohl diese Studie den Titel „Chinas Diplomatie und der Erste Weltkrieg“ trägt, um die Integrität der Diplomatie des Ersten Weltkriegs darzustellen, ist der Zeitraum nicht nur auf die Kriegszeit beschränkt, sondern behandelt die Zeit seit der Gründung der Republik China am 1. Januar 1912 bis zur Washingtoner Konferenz. Am 28. Juli 1914, als der Erste Weltkrieg ausbrach, waren erst drei Jahre seit der Gründung der Republik China verstrichen. Einerseits musste sich die Regierung in Peking mit dem Erbe der Diplomatie der späten Qing-Dynastie auseinandersetzen und andererseits mit einem neuen diplomatischen Dilemma. Das erste Kapitel dieses Buches befasst sich hauptsächlich mit Chinas Diplomatie vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Nach Gründung der Republik China stellte die Anerkennung durch westliche Mächte die wichtigste diplomatische Frage dar. Gleichzeitig waren die laufenden Verhandlungen mit der Mongolei und Tibet die wichtigsten diplomatischen Fragen. Um sie in der Zuständigkeit Chinas zu halten, unternahm die Regierung in Peking entsprechende Anstrengungen. Die Regierung der Republik China wurde anerkannt, indem sie die von der Qing-Dynastie abgeschlossenen Chartas für auswärtige Angelegenheiten und die Privilegien von Ausländern in China anerkannt hatte. Finanzielle Schwierigkeiten stellten ein weiteres Problem für die Regierung der Republik China dar. Es war eine der dringendsten Aufgaben der Regierung, Kredite zu erhalten. Bis zum Ausbruch des Krieges plagten die finanziellen Schwierigkeiten und die Grenzverhandlungen die Regierung in Peking, und diese beiden Faktoren beeinflussten unmittelbar die Außenpolitik nach Ausbruch des Krieges. Natürlich wirkten sich die Auseinandersetzungen der innenpolitischen Fraktionen auch auf Chinas

Diplomatie im Ersten Weltkrieg aus, aber sie waren anderer Natur als die beiden oben genannten.

Das zweite Kapitel befasst sich hauptsächlich mit der ersten Reaktion Chinas nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatte die Regierung in Peking ihre eigenen Überlegungen, als sie ihre neutrale Haltung verkündete. Das Außenministerium hoffte, vor der Erklärung der Neutralität die diplomatische Unterstützung der USA und die Garantie zur Beibehaltung der neutralen Haltung Japans zu erhalten. Hierbei sind zwei Punkte zu berücksichtigen: Zum einen erhoffte sich die Regierung in Peking die diplomatische Unterstützung der Vereinigten Staaten, um ihre Neutralität zu gewährleisten. Zum anderen erhoffte sie sich die neutrale Haltung Japans. Die Schlussfolgerung der japanischen Haltung basiert auf der Tatsache, dass das Vereinigte Königreich nicht am Krieg teilnehmen würde. Das Vereinigte Königreich hatte jedoch bereits am 5. August Deutschland den Krieg erklärt. Aufgrund der Verzögerung der Nachrichten ließen die interne und externe Situation keine Zeit mehr für diplomatische Vermittlung: In Ermangelung der besten diplomatischen Situation kündigte die Regierung in Peking am 6. August ihre Neutralität an. In gewissem Maße diente Chinas Neutralität vor allem der Abwehr Japans. Nach der Ankündigung der Neutralität hatte die Regierung in Peking immer noch die Möglichkeit, Japan daran zu hindern in der Provinz Shandong einzugreifen: entweder den Krieg zu erklären oder sich direkt aus Qingdao zurückzuziehen. Aus praktischen Gründen gab es jedoch keine Möglichkeit, in diesem Moment den Krieg zu erklären, und die Rückgewinnung von Qingdao wurde von Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Japan und anderen Ländern nicht akzeptiert. Nachdem alle diplomatischen Bemühungen ergebnislos blieben, wartete man in Peking auf die Nachricht von der Kriegserklärung Japans an Deutschland. Die Regierung in Peking hatte in dieser nicht gerade besten diplomatischen Situation diese neutrale Entscheidung getroffen, aber es war auch eine realistische Überlegung: Könnte man auf die ideale diplomatische Situation warten? Wenn man die Ankündigung der Neutralität verschieben und darauf warten würde, wäre es das Beste, aber die Realität zeigte, dass die Situation für China nicht förderlich war.

Im dritten Kapitel wird die diplomatische Reaktion der Regierung in Peking auf die Invasion Japans in der Provinz Shandong nach der Kriegserklärung Japans an Deutschland erörtert. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte China zwar Neutralität erklärt, doch als Japan Deutschland den Krieg erklärte, wurde die Neutralität Chinas mit völkerrechtlichen Schwierigkeiten konfrontiert. Die Regierung in Peking musste ernsthaft darüber nachdenken, wie man eine Abwesenheitsneutralität im Kontext der Gesamtneutralität aufrechterhalten und einen Raum schaffen könne, in dem die Kriegsparteien operieren würden. Für den Fall, dass es unmöglich sei, Chinas neutralen Status mit Gewalt aufrechtzuerhalten, musste die Regierung in Peking den Präzedenzfall des Russisch-Japanischen Krieges nachahmen und den japanischen und britischen Koalitionskräften in Shandong ein Marschgebiet zur Verfügung stellen. China und die kriegführenden Parteien waren aufgrund des Pachtgebiets und der Konzessionen in China gut miteinander befreundet: Einerseits konnten sie nicht eine Partei favorisieren, andererseits würden sie sich der anderen Seite auch nicht mit Gewalt widersetzen. In diesem Fall konnte die Regierung in Peking

nur einen bestimmten Bereich zur Verfügung stellen, um die „externe Neutralität“ zu erhalten. Aus rechtlicher Sicht war dies das Verhalten, das am besten dem Völkerrecht entsprach. Grundsätzlich handelte es sich bei dem gepachteten Land um ein von China gepachtetes Gebiet, und die Souveränität lag nach wie vor bei China. Deutschland erhielt durch den *Pachtvertrag von Jiao'ao* die Verwaltungsbefugnisse über das gepachtete Land, nicht aber die Souveränität. Die Umsetzung verschiedener Kriegsvorbereitungen durch Deutschland im Pachtland ohne die Regelungen des Vertrags war eine Verletzung der Pachtbedingungen. Aufgrund der wiederholten Weigerungen Japans und der Landung in Longkou trotz Protesten Chinas, hatte die Regierung in Peking beschlossen, ein Marschgebiet zu schaffen, um für die Neutralität der Gesamtsituation zu sorgen. Dies war ein normales Verhalten, das nach internationalen Vorschriften flexibel durchgeführt wurde und der allgemeinen Logik entsprach.

Das vierte Kapitel befasst sich hauptsächlich mit den *Einundzwanzig Forderungen*-Verhandlungen zwischen China und Japan. Die *Einundzwanzig Forderungen* sind eines der Wahrzeichen der modernen chinesischen Geschichte und für die Chinesen mehr als nur ein diplomatisches Dokument, sondern ein Synonym für Demütigung und Kompromiss. Die Forschung zu den *Einundzwanzig Forderungen*-Verhandlungen ist ziemlich ausgereift. Dieses Kapitel geht hauptsächlich von der britischen Seite aus, der die akademischen Kreise nicht genügend Aufmerksamkeit schenkten, und untersucht die Rolle Großbritanniens bei den *Einundzwanzig Forderungen*-Verhandlungen zwischen China und Japan.

Nach dem Ende des Konfliktes über Qingdao stationierte Japan immer noch Truppen im Marschgebiet und baute privat Telekommunikation und Eisenbahnnetzwerke aus. Die Absicht, in Shandong einzufallen, wurde aufgedeckt. Obwohl die Regierung in Peking erkannte, dass die schnellstmögliche Beseitigung des Marschgebiets und die Wiederherstellung der Neutralität des entsprechenden Gebiets für China sowohl unter diplomatischen als auch unter tatsächlichen Umständen vorteilhaft waren, gab bei den wiederholten Verzögerungen Japans bis zum 7. Januar 1915 die Regierung jedoch die Note über eine Annullierung der Marschregion heraus. Zu diesem Zeitpunkt waren die Ambitionen Japans trotz der Invasion in Qingdao und der Übernahme der Jiaoji-Eisenbahn nicht gesättigt. Kurz nachdem China die Note über eine Annullierung der Marschregion angekündigt hatte, brachte Japan schließlich die *Einundzwanzig Forderungen* vor, mit der Absicht, China vollständig zu besetzen. Während Japan China die *Einundzwanzig Forderungen* unterbreitete, hatte es dem Vereinigten Königreich die von der „Anforderung Nr. 5“ vorgebrachten „11 Artikel“ verschwiegen, und beabsichtigte, den Widerstand des Vereinigten Königreichs zu verringern und die Verhandlungen so bald wie möglich zu beenden. Großbritannien hat unterschiedliche Meinungen zu den „11 Artikeln“. Obwohl einige Berichte und Analysen der Ansicht sind, dass sie die ursprüngliche Absicht Japans, sich am Krieg gegen Deutschland zu beteiligen sowie den Zweck der britisch-japanischen Allianz verletzt hatten, glaubten der Gesandte von Großbritannien in China John Newell Jordan und andere, dass die Forderungen Japans nicht besonders streng seien, und legten daher nahe, Japan wegen seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg eine gewisse Entschädigung zu zahlen. Nachdem Russland, die Vereinigten Staaten und

andere Länder von den *Einundzwanzig Forderungen* erfahren hatten, fragten sie das Vereinigte Königreich nach der Richtigkeit der Nachrichten. Auf Drängen des Vereinigten Königreichs teilte Japan Russland und den Vereinigten Staaten den Inhalt der „11 Artikel“ mit. Nachdem China bestätigte, dass Japan die „Anforderung Nr. 5“ den verschiedenen Ländern absichtlich verschwiegen hatte, deckte China dies auf verschiedenen Wegen auf. Als John Newell Jordan festgestellt hatte, dass eine Anforderung vorhanden war, waren er und seine Mitarbeiter der Ansicht, dass sie als Verhandlungsgrundlage vorgeschlagen werden sollte. Die Briten stellten jedoch schnell fest, dass die „Anforderung Nr. 5“ sich nicht von anderen formalen Forderungen unterschied und die Interessen des Vereinigten Königreichs in China ernsthaft beeinträchtigen würde. Außenminister Edward Grey unterbreitete Japan zwei Grundsätze von Großbritannien bei den chinesisch-japanischen Verhandlungen: Erstens müsse Japan es zunächst mit dem Vereinigten Königreich aushandeln, wenn die Forderungen Japans die britischen Interessen in China schädigen würden. Zweitens dürften die Forderungen Japans nicht gegen die Ziele des britisch-japanischen Bündnisses verstoßen. Nach 25 Verhandlungsrunden stimmte Japan unter Zureden des Vereinigten Königreichs schließlich zu, den Antrag zu verschieben und ein Ultimatum an China zu stellen.

Das Bild, das wir in der Vergangenheit gesehen haben, ist, dass Japans Verzicht auf die „Anforderung Nr. 5“ untrennbar mit dem britischen Beharren verbunden war. Dies ist eigentlich ein oberflächliches Phänomen. Nachdem wir uns mit den verschiedenen Maßnahmen des Vereinigten Königreichs, die die britische Seite seit dem 26. April ergriffen hatte, auseinandergesetzt haben, sind wir der Ansicht, dass aus britischer Sicht das größte Hindernis für die Verhandlungen zwischen China und Japan die „Anforderung Nr. 5“ war. England begann Japan davon zu überzeugen, die Anforderung zurückzuziehen, als die Verhandlungen zu einem Stillstand gekommen waren. Im letzten Moment gab Japan die Aufnahme der „Anforderung Nr. 5“ in das Ultimatum auf. Dies war sicherlich das Ergebnis der britischen Intervention, hatte aber auch viel mit der Entscheidung über den unbedingten Kampf der Regierung in Peking zu tun. Um die eigenen Interessen im Fernen Osten zu wahren, hatte das Vereinigte Königreich sein endgültiges Ziel darin gelegt, die Verhandlungen zwischen China und Japan friedlich zu lösen und sich auf den Krieg in Europa zu konzentrieren. Nach Bekanntmachung des Ultimatums hatte das Vereinigte Königreich unterschiedliche Merkmale bei der diplomatischen Vermittlung zwischen China und Japan gezeigt. Auf der einen Seite versuchte England, China davon zu überzeugen, die Last der Demütigung zu tragen und deren Klauseln zu akzeptieren, damit China den Frieden erhalten und nicht das Risiko eingehen würde, mit der nationalen Zukunft zu spielen. Auf der anderen Seite wurde klargestellt, dass das Vereinigte Königreich China im chinesisch-japanischen Konflikt niemals unterstützen würde. Es betonte die Notwendigkeit, den Zweck der anglo-japanischen Allianz zu wahren, und warnte davor, dass Japan nicht in die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Chinas eingreifen könne und dass es unmöglich sei, die festgelegten Forderungen für die Anwendung von Gewalt in China zu erfüllen.

Das fünfte Kapitel befasst sich hauptsächlich mit der Frage, wie China als neutrales Land an der Nachkriegskonferenz teilnehmen wollte. Nach dem Ausbruch des

Ersten Weltkriegs wurde das Shandong-Problem dadurch verursacht, dass Japan die Kriegserklärung gegen Deutschland als Vorwand für die Invasion auf die Jiaoji-Eisenbahn und die Stadt Qingdao verwendete. Die Neutralität Chinas zielte eigentlich darauf ab, die eigenen Interessen zu schützen. Der Verlust der Jiaoji-Eisenbahn und der Stadt Qingdao veranlasste die Regierung in Peking jedoch dazu, einen Weg zu finden, diese zurückzugewinnen. Nach theoretischen Untersuchungen plante die Regierung in Peking die Teilnahme an der Nachkriegskonferenz. Zeitgleich mit der theoretischen Diskussion in China wurde der Gesandte in Brasilien Liu Shixun nach Europa geschickt, um dort zu forschen, gefolgt von Xia Yiting aus dem Außenministerium als Sondergesandter, um die Situation der europäischen Länder zu untersuchen. Um das Ziel der Teilnahme an der Nachkriegskonferenz zu erreichen, analysierte das Außenministerium die jeweilige Einstellung der kriegführenden Parteien und der neutralen Länder getrennt. In einer Situation, als China wiederholt vergeblich versuchte, am Krieg teilzunehmen, hatte man viel diplomatische Forschung über die Konferenzteilnahme als neutrales Land und über das angemessene Verhalten durchgeführt. Diese Untersuchungen, die das Außenministerium vor Chinas Kriegsbeteiligung durchgeführt hatte, waren für China eine wichtige Referenz, um die richtigen Entscheidungen zu treffen. Gleichzeitig mit den oben genannten Ermittlungen wurden chinesische Arbeiter auf Ersuchen der Alliierten nach Europa entsandt, um das Gewicht der möglichen Teilnahme an der Konferenz in Form von „Arbeitern im Auftrag von Soldaten“ zu erhöhen.

Das sechste Kapitel stellt den Prozess vor, in dem es zum Zerwürfnis zwischen der Regierung in Peking und Deutschland und zur Kriegsteilnahme gekommen war. Zu Beginn des Krieges gab die Regierung zwar ihre Neutralität als diplomatische Wahl Chinas bekannt, es gab innerhalb der chinesischen Regierung jedoch immer noch unterschiedliche Vorschläge. Zum Beispiel wurde vorgeschlagen, dass China sich den Alliierten direkt anschließen und die Gelegenheit nutzen solle, um die Privilegien Deutschlands und Österreichs in China abzuschaffen, und um zusätzlich zu verhindern, dass Japan in die Rechte und Interessen Chinas eingriff. Im damaligen internationalen Umfeld war es für China jedoch praktisch unmöglich, sich den Alliierten direkt anzuschließen, um gegen Deutschland zu kämpfen. Im zweiten Kriegsjahr hatten sich die beiden Kriegsparteien versteift und ihr militärischer Aufwand hatte allmählich zugenommen. Sie waren daran interessiert, neutrale Länder für ihre eigenen Lager anzuwerben. In diesem Zusammenhang wurden Versuche unternommen, China als Alliierten aufzunehmen. Bei Großbritannien, Frankreich und Russland war die Begeisterung über Chinas Beitritt zu den alliierten Ländern am größten. Aus Angst, China nicht monopolisieren zu können, lehnte Japan zunächst die Teilnahme Chinas ab. Im Jahr 1917, als die Vereinigten Staaten am Krieg teilnahmen, läutete Chinas Kriegsdiplomatie einen Wendepunkt ein. Nachdem China die Protestnote gegen Deutschland und die Vorhersage über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen bekannt gemacht hatte, wollte das US-Außenministerium nicht, dass China seine diplomatischen Beziehungen mit Deutschland sofort beende. Dieser Punkt entsprach nicht dem bisherigen Verständnis der akademischen Gemeinschaft. Japan dachte anders: Aufgrund der Befürchtungen, dass China den Vereinigten Staaten in vollem Umfang folgen und die Vereinigten Staaten die Führung in der chinesischen

Außenpolitik übernehmen würden, hoffte Japan, dass China weiter gehen könne, anstatt nur zu protestieren. Chinas Teilnahme am Krieg beschränkte sich nicht nur auf eine mündliche Zusage, der Dienst der chinesischen Arbeiter an der Front des europäischen Krieges und die Entsendung von Truppen nach Sibirien waren allesamt Chinas Beiträge zum Ersten Weltkrieg. Nachdem China Deutschland und Österreich den Krieg erklärt hatte, nutzte man die Gelegenheit, den Vertrag mit Deutschland aufzulösen.

Das siebte und achte Kapitel stellen eine Darstellung der Nachkriegsdiplomatie dar. Chinas Regierungs- und Oppositionsparteien setzten große Hoffnungen auf die Pariser Friedenskonferenz, um den ungleichen Vertrag, der China band, abzuschaffen. Der ursprünglich gut vorbereitete Antrag über die Wiederherstellung von Shandongs Rechten und Interessen war kein wesentlicher Aspekt auf der Pariser Friedenskonferenz gewesen. Da Japan wiederholt erklärte, Qingdao an China zurückzugeben, betrachtete die Regierung dies nicht als ein Hauptproblem, sondern widmete sich dem ehrgeizigeren Thema der Abschaffung, um seinen internationalen Status zu verbessern. Das Shandong-Problem war von Amts wegen ein Inhalt, der im Sinne der chinesischen Teilnahme an der Konferenz impliziert war. Da die Regelung des Shandong-Problems hauptsächlich gegen Japan gerichtet war, wann und wie das Problem der Generalversammlung vorgelegt werden sollte, war es erforderlich, die japanische Politik zu verstehen, bevor man fortfuhr. Die Gespräche von Lu Zhengxiang mit Uchida damals hatten ersteren bereits dazu gebracht, die japanische Politik zu verstehen. Nicht alleine gegen Japan zu kämpfen war eine diplomatische Strategie, die schon vor Chinas Kriegsbeteiligung einen Konsens gefunden hat. Diese Strategie stand jedoch in direktem Gegensatz zur japanischen Politik. Nachdem Lu Zhengxiang in Paris angekommen war, wurde beschlossen, das Shandong-Problem auf dem Treffen offiziell zur Sprache zu bringen. Obwohl die chinesische Delegation die Sympathie der an der Konferenz teilnehmenden Länder mit Ausnahme Japans gewann, war der Wunsch, die Interessen von Shandong direkt wiederzuerlangen, immer noch vorherrschend. Die Bewegung des 4. Mai brach aus und die chinesische Delegation unterzeichnete letztendlich den Friedensvertrag mit Deutschland nicht.

Um das Problem in Shandong endgültig zu lösen, wurde die Regierung in Peking zur Teilnahme an der von den Vereinigten Staaten einberufenen Konferenz über die Probleme in der Region Fernost-Pazifik eingeladen. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien beabsichtigen, das anglo-japanische Bündnis aufzulösen, und diese Änderung der internationalen Beziehungen war objektiv förderlich für Chinas Lösung des Shandong-Problems. Während des Treffens hatte China eine Reihe vernünftiger Forderungen für die Abschaffung der extraterritorialen Rechte und der Zollautonomie formuliert. Obwohl diese Forderungen nicht sofort umgesetzt wurden, hatten sie einen Entwurf für eine Lösung und eine Hoffnung für China geboten, das lange unter den ungleichen Verträgen litt. Außerhalb des Treffens begannen China und Japan mit direkter Vermittlung des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten mit Verhandlungen über die Rückgabe der Jiaoji-Eisenbahn und der Stadt Qingdao.

Kapitel 1:

Chinas Diplomatie vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs

Am 1. Januar 1912 wurde die Republik China gegründet. Es wird allgemein geglaubt, dass das diplomatische Erbe der Republik China von der späten Qing-Dynastie stammte. Jedoch mangelt es an einer tiefgreifenden Untersuchung, nämlich warum es geerbt wurde und wie dieses Erbe entstanden ist. Das Problem der Vererbung hängt mit der Erkennung des Problems zusammen. Nach der Gründung der Republik China bestand das vorrangige diplomatische Problem darin, die Anerkennung der Souveränität durch die westlichen Mächte zu erlangen. Die Anerkennung beeinflusste die Devisen- und Finanzdarlehen der Republik China. Um von allen Ländern anerkannt zu werden, hatte die Regierung in Peking keine andere Wahl, als die bestehenden Verträge und Interessen aller Länder in China anzuerkennen. Als die Revolution im Jahr 1911 ausbrach, intervenierten das Vereinigte Königreich und Russland in Chinas innere Angelegenheiten. Sowohl in der Mongolei als auch in Tibet waren separatistische Aktivitäten zu verzeichnen. Ein weiteres wichtiges Thema in der Diplomatie der Republik China war in dieser Zeit der Erwerb von Darlehen von westlichen Mächten zur Linderung der Finanzkrise. Nachdem Yuan Shikai Präsident geworden war, wollte er dringend den Einfluss der revolutionären Partei ausschließen, so dass die innenpolitischen Kämpfe sich verschärften. Sowohl die innere als auch die äußere Situation haben die Diplomatie der frühen Jahre der Republik China in eine schwierigere Situation gebracht als während der späten Qing-Dynastie: Vor diesem Hintergrund brach der Erste Weltkrieg in Europa aus.

1.1 Erlangen der Anerkennung durch westliche Mächte

Japan dominierte die verspätete Anerkennung der Republik China durch die ausländischen Mächte, weil es immer noch keinen Plan der Anerkennung der Republik China aufstellte, bevor der letzte Qing-Kaiser abdankte. Nach den Vorschlägen des Vereinigten Königreichs, Russlands und anderer Länder widmete sich Japan der Frage der Anerkennung mit großer Aufmerksamkeit und stellte zwei Vorschläge auf: Diese beiden Vorschläge wurden zu den wichtigsten diplomatischen Dokumenten, die die Anerkennung der Republik China beeinflussten. Das Außenministerium der Interimsregierung hatte das Anerkennungsproblem speziell erörtert und rechtlich darauf hingewiesen, dass die Errichtung der Republik China keine eigentliche Anerkennung der westlichen Mächte erfordere. Nur wenn die Übergangsregierung ausländische Hilfe in Anspruch nehmen müsse, wäre diese Anerkennung hilfreich, um einen besseren internationalen Status zu erlangen. Angesichts der Schwierigkeit zu erlangenden Anerkennung sprach sich der Forschungsverein des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten nicht dafür aus, dass China aktiv nach Anerkennung strebe, was nach der Auffassung von Wu Tingfang mit der Ansicht „Die Etablierung liegt bei mir, die Anerkennung liegt bei anderen“ übereinstimmte. Obwohl die Vereinigten

Staaten nicht das erste Land waren, das die Republik China anerkannte, war ihre Entscheidung für die Republik China von weitreichenden Konsequenzen.

1. 1. 1 Ursprung des Problems der Anerkennung: diplomatische Bestätigung der Identität der kriegführenden Gruppe der Hubei-Militärregierung

Nach dem Aufstand in Wuchang gab die Militärregierung von Hubei eine Reihe von Bekanntmachungen heraus, in denen auf die Errichtung der neuen Regierung hingewiesen wurde. Gleichzeitig mit der Befreiung der Innenpolitik schenkte die Militärregierung der Diplomatie große Aufmerksamkeit. Am 12. Oktober 1911 gab die Militärregierung den Konsulaten verschiedener Länder in Hankou durch eine Note zur Kenntnis, dass alle von der Qing-Regierung und den betroffenen Ländern geschlossenen Verträge, die damit verbundenen Entschädigungen und Verschuldungen anerkannt werden sowie die Rechte verschiedener Länder in China und das Eigentum von Ausländern in China geschützt bleiben. Jedoch wurde auch darauf hingewiesen, dass wer der Qing-Regierung helfe, als Feind angesehen wird.[1] In der Note wurde die Haltung der Revolutionäre bei der Übernahme des diplomatischen Erbes der späten Qing-Dynastie und der anzuwendenden diplomatischen Grundsätze klar zum Ausdruck gebracht. Unabhängig vom durch Akademiker diskutierten antiimperialistischen Geist, war eine solche Aussage tatsächlich die Anwendung der etablierten Politik der Gesellschaft Tongmenghui - einer Gesellschaft der revolutionären Allianz, und es gab dabei keine besonderen Neuerungen, aber sie war die richtige Wahl unter den gegebenen Umständen.[2] Die Außenpolitik der Militärregierung war die Quelle der Außenpolitik der Republik China, die den diplomatischen Ton der provisorischen Regierung von Nanjing und der Regierung in Peking bestimmte: Beim Umgang mit den Mächten war die Republik China nicht aus dem Rahmen für die externe Erklärung der Gesellschaft Tongmenghui und der Militärregierung von Hubei gefallen.[3] Bei der Auseinandersetzung mit der Note der Militärregierung, konnte man feststellen, dass die Note ein sehr wichtiges Dokument sei, um das Problem mit der Anerkennung zu verstehen. Die Note der Militärregierung hatte nicht nur ihre eigene Außenpolitik demonstriert, sondern hatte auch eine andere Bedeutung, nämlich die Anerkennung durch die westlichen Mächte. In der Note betonte die Militärregierung, dass sie selbst bereits über die drei Elemente, die für einen souveränen Staat notwendig seien, verfüge. „In der Vergangenheit haben alle befreundeten Staaten unsere Regierung nicht als Land anerkannt, weil wir nur das Volk und die Souveränität, jedoch kein Land hatten. Jetzt haben wir das Land der Provinz Sichuan erworben. Die drei wichtigen Elemente eines Landes sind bereits vorhanden. „An dieser Stelle forderte die Note nicht explizit eine Anerkennung und schlug stattdessen die Sieben-Punkte-Politik der außenpolitischen Handlungen der Armee der Republik China vor.[4]

Nach dem ausführlichen Lesen der Note ist eine solche Logik im Text zu erkennen, beispielsweise folgten verschiedene Länder der äußerlichen Erklärung der „Sieben-Punkte-Politik“, die in der Note formuliert wurde. Sie nehmen eine neutrale Haltung ein, also haben sie anerkannt, dass die Militärregierung bereits über die drei Elemente eines souveränen Staates verfügt, also die Militärregierung als

kriegführende Gruppe anerkennt. Einige Studien haben eindeutig darauf hingewiesen, dass die Note der Militärregierung eine offensichtliche strategische Bedeutung hatte: „Ziel ist es, die Sorgen der Mächte gegenüber den Revolutionären zu zerstreuen und die Sympathie der Mächte zu gewinnen. „Auf der einen Seite ist das Negative zu verhindern, dass die Mächte die chinesische Revolution behindern, auf der anderen Seite ist das Positive zu fördern, dass die Mächte die chinesische Revolution anerkennen.“[5] Der Prozess der Geschichte belegt auch diesen Punkt. Das nachfolgende Verhalten der Militärregierung nach der Veröffentlichung der Note hatte eine ungewöhnliche Bedeutung: Man forderte verschiedene Länder ausdrücklich dazu auf, die Militärregierung als kriegführende Gruppe anzuerkennen. Die „Kampfgruppe“ ist ein Begriff des modernen internationalen Rechts, der den einfachen Chinesen in der späten Qing-Dynastie nicht gut bekannt war. Nach dem Eintritt ins 20. Jahrhundert wurden bei der Übersetzung und Bearbeitung ausländischer völkerrechtlicher Werke zahlreiche Erfolge erzielt. Der intellektuellen Elite dieser Zeit war das Völkerrecht nicht mehr fremd. Der Schlüssel war die Anwendung des Völkerrechts unter Berücksichtigung der nationalen Gegebenheiten Chinas.[6] Gemessen am geltenden Völkerrecht verfügte die Militärregierung über die Qualifikationen der kriegführenden Gruppen.

Die Militärregierung verlangte von allen Ländern, ihren Status als kriegführende Gruppe anzuerkennen und stellte auf weitreichender Ebene den Grad der Modernisierung der chinesischen Diplomatie dar. Diese diplomatische Verhandlung nach dem Völkerrecht war ungeachtet ihres Ergebnisses ein Fortschritt der modernen chinesischen Diplomatie. Am 17. Oktober antworteten die Konsuln verschiedener Länder in Hankou der Militärregierung und bestätigten, dass „die chinesische Regierung und die chinesische Nationalarmee (Guominjun) sich gegenseitig bekämpfen“ und äußerten die Meinung, dass „die Konsuln absolut neutral sein sollten“.[7] Die Vereinigten Staaten hatten zuvor ihre Neutralität erklärt. Die Neutralitäts-Noten von Großbritannien und anderen Ländern wurden von der chinesischen und der ausländischen Seite unterschiedlich interpretiert. Die Militärregierung glaubte, dass die Ankündigung der Neutralität durch das Vereinigte Königreich und die Nichteinmischung in die Revolution eine Anerkennung der kriegführenden Gruppen der revolutionären Armee darstelle. Dieser Schritt war zweifellos ein großer Sieg der Diplomatie der revolutionären Armee. „Unsere Militärregierung ist in einen Krieg mit der Qing-Regierung verwickelt. In der Öffentlichkeit haben Sie unsere Regierung als kriegführende Gruppe anerkannt und Neutralität erklärt. Wir sind Ihnen zutiefst dankbar.“[8]

Die Konsuln der Länder in Hankou waren mit der Erklärung der revolutionären Armee nicht einverstanden. Der britische Diplomat, John Newell Jordan wies den britischen Außenminister Grey in einem Telegramm darauf hin, dass „die Konsuln verschiedener Länder die Armee als kriegführende Gruppe anerkannt haben, was nicht stimmt, soweit ich mich informiere.“[9] Die Worte des britischen Konsuls in Hankou, Herbert Goffe, können auch die Wahrheit der Worte von John Newell Jordan bestätigen: „Und den Konsuln zufolge sind die Militärgouverneure auf uns ärgerlich worden, weil wir auf keinen Fall sie nicht anerkennen von.“[10] Das britische und andere Konsulat in der Hankou haben den Austausch zwischen dem Konsulat in Hankou und

der Militärregierung stillschweigend akzeptiert, sowie die Äußerung der Note von der Militärregierung nicht zielgerichtet verneint. Obwohl diese Handlungen nicht mit der formellen Anerkennung der Militärregierung gleichzusetzen waren, implizierte jedoch das bereits ein Geständnis.[11] Die Haltung des Vereinigten Königreichs und anderer Länder beruht hauptsächlich auf drei Gründen: Erstens schritt die Revolution rasch voran: Als die Länder noch keine Zeit für eine Reaktion hatten, hat die Militärregierung bereits eine Grundlage für die Eigenständigkeit geschaffen, die nicht nur ein beträchtliches Gebiet kontrolliert, sondern auch eine solide militärische Kraft besitzt. Das alles bildete bereits die Grundelemente einer Kampfgruppe: Zweitens hat die revolutionäre Armee die Interessen aller Länder in China berücksichtigt. Sie konnte als eine Kampfgruppe mit „höflichem Verhalten“ bezeichnet werden, die örtliche Ordnung war gut und es gab keine Ausländerfeindseligkeit. Dieses Verhalten haben zweifellos die Haltung der Mächte gewonnen, dass sie nur vorübergehend abwarten und sehen;[12] Drittens war die Qing-Regierung nach wie vor nominell eine nationale rechtliche Regierung: Bevor die Situation nicht völlig geklärt war, würde die offizielle Anerkennung der Militärregierung als kriegsführende Gruppe unweigerlich zu Protesten seitens der Qing-Regierung führen und letztendlich ihren Interessen in China schaden.

Angesichts der damaligen komplizierten nationalen und internationalen Lage ist es notwendig, die Haltung der Mächte gegenüber der Revolution von 1911 durch die Einstellung zur Anerkennung zu unterscheiden. Natürlich ist auch das Verhältnis zwischen den beiden sehr subtil, es gibt Unterschiede zwischen den Ländern. Ein Land wird auch seine Einstellung in unterschiedlichen Zeiten ändern. Abgesehen von einigen vorgefassten Ansichten war die Unterstützung der neutralen Erklärung der westlichen Mächte gegenüber der Militärregierung objektiv. Bei der damaligen Theorie der internationalen Beziehungen beruhte diese Neutralität auf einer optimistischen Einschätzung, dass die Militärregierung zu einer nationalen politischen Macht werden könne und eine völkerrechtliche Bedeutung habe.

1. 1. 2 Anerkennung der Übergangszeit

Was die Anerkennung der Republik China anbelangt, so waren die Neutralität der westlichen Mächte und die stillschweigende Anerkennung der Identität der kriegsführenden Gruppen der revolutionären Armee nach dem Wuchang-Aufstand ein Auftakt, es waren jedoch noch keine wesentlichen Fortschritte zu verzeichnen. Dies lag daran, dass die Qing-Regierung nach wie vor eine legitime chinesische Regierung war und die Grundlage der Militärregierung noch nicht stark genug. Die anderen Länder konnten nach wie vor Verzögerungen und abwartende Einstellungen in Bezug auf Anerkennungsfragen in Übereinstimmung mit international anerkannten Praktiken vornehmen. Mit dem reibungslosen Fortgang der Revolution, insbesondere der Errichtung der provisorischen Regierung in Nanjing und dem anschließenden Rücktritt des Qing-Kaisers, war die Anerkennung des Problems jedoch in den Vordergrund getreten. Die provisorische Regierung hatte nach und nach verschiedene Elemente für die Anerkennung durch verschiedene Länder erworben. Die Länder waren sich bewusst, dass eine Anerkennung des Problems unvermeidlich war. Es war an

der Zeit, die jeweilige Außenpolitik der westlichen Mächte auf den Prüfstand zu stellen. Die durch verschiedene Interessen angetriebene Anerkennung und Verhandlung spiegeln im Allgemeinen die wahren Absichten der verschiedenen Länder in China wider. Von der Verkündung der Republik China bis zur Anerkennung der verschiedenen Länder war hier ein wichtiger Wendepunkt nach dem Völkerrecht zu verzeichnen, d. h. der Qing-Kaiser entsagte dem Thron. Die Regierungszeit zwischen der Gründung der Republik China und dem Abtritt des Qing-Kaisers war eine typische Übergangszeit.

Am 1. Januar 1912 wurde die Republik China ausgerufen. Am 5. Januar gab Sun Yat-sen eine externe Erklärung ab, die den Hauptinhalt der Sieben-Punkte-Erklärung der Tongmenghui¹ und der externen Erklärung der Militärregierung von Hubei übernahm. Zusätzlich zur Anerkennung des Vertrags und der Anleihen, die von der ehemaligen Qing-Regierung geschlossen wurden, wurde eine Schutzklausel für Mandchuren hinzugefügt und den Menschen stand es frei, ihre Religion zu praktizieren. Am Ende der Erklärung rief Sun Yat-sen auf: „Ich hoffe sehr, dass China in die völkerrechtlich anerkannten nationalen Gruppen aufgenommen werden kann, die nicht nur über verschiedene Interessen und Privilegien verfügen, sondern allen Ländern gegenseitig nutzen können.“ Dies war das erste Mal, dass Sun Yat-sen offiziell als vorläufiger Präsident der Republik China die Anerkennung durch westliche Mächte beantragte.[13] Nach der Veröffentlichung der externen Erklärung erforschten Sun Yat-sen und Yuan Shikai aktiv die Haltung der Länder zur Anerkennung der Republik China, weshalb der Kampf um die Anerkennung der Mächte in zwei Fäden aufgeteilt werden kann, bevor Yuan Shikai zum Präsidenten gewählt wurde. Sowohl die revolutionären Kräfte als auch die politischen Kräfte der Yuan-Dynastie hatten versucht, die Anerkennung der westlichen Mächte zu gewinnen. Als Yuan Shikai die Republik China regierte, wurde die Anerkennung der Angelegenheit zum diplomatischen Ziel der politischen Kräfte von Yuan, und von der Regierung wurden die jeweiligen Aktivitäten und Verhandlungen der beiden Parteien nicht koordiniert.

Am 19. Januar rief Wang Chonghui im Namen der provisorischen Regierung von Nanjing den Außenminister der Vereinigten Staaten, Grey, in der Hoffnung an, dass das Vereinigte Königreich die Republik China nach dem Rückzug des Qing-Kaisers anerkennen würde, aber das Vereinigte Königreich antwortete nicht auf die Note. In seiner Botschaft an den britischen Botschafter in Japan zeigte Grey die Haltung des Vereinigten Königreichs auf: „Ich erhielt einen Anruf vom Außenminister der republikanischen Regierung von Nanjing und sprach über die Gründung der republikanischen Regierung, die Wahl von Sun Yat-sen zum Präsidenten und die Anerkennung der Republik. In dieser Hinsicht beabsichtige ich, keine Antwort zu geben.“[14] Die politischen Kräfte der Yuan-Dynastie achteten auch auf die Frage der Anerkennung. Am 11. Januar besuchte Liang Shiyi heimlich John Newell Jordan, um sich über die Haltung Großbritanniens gegenüber der zu errichtenden Interimsregierung zu

¹ Tongmenghui (chinesisch 同盟會 / 同盟会, PinyinTóngménghuì, W. -G. T'ung-meng Hui, Gesellschaft der (revolutionären) Allianz', gelegentlich auch mit ‚Schwurbund‘ übersetzt) war eine von Sun Yat-sen 1905 in Tokio gegründete Gesellschaft. Sie war ein Zusammenschluss aus mehreren kleinen revolutionären Gruppierungen, die davor autonom agierten und verstand sich zu Anfang noch als Geheimgesellschaft.

erkundigen. John Newell Jordan sagte, „das ist ein so wichtiges Problem. Ich bin nicht in der Lage, meine Meinung zu einem so wichtigen Thema zu äußern“. Er lehnte es euphemistisch ab, die von Yuan Shikai kontrollierte Interimsregierung anzuerkennen. Die britische Regierung nahm hinsichtlich der Anerkennung eine ausgeglichene Haltung ein. Weder Yuan Shikai noch Sun Yat-sen machten wesentliche Fortschritte. Am selben Tag rief Sun Yat-sen in Frankreich an und ernannte Zhang Yizhou zum Vertreter der provisorischen Regierung von Nanjing in Frankreich. Der Außenminister Wang Chonghui rief auch den französischen Außenminister an und bat um die Anerkennung der Regierung der Republik China. Frankreich antwortete nicht.[15]

Am 16. Januar 1912 besuchte der britische Botschafter in Japan den japanischen Außenminister Ishii Kikujirō, um sich nach der Abdankung des Qing-Kaisers bezüglich der Staats- und Anerkennungsfragen in Verbindung zu setzen. Der britische Botschafter in Japan teilte Ishii mit, dass die britische Regierung auf Ersuchen des Außenministers der Regierung von Nanjing, Sun Yat-sen zum Präsidenten zu ernennen und die Republik anzuerkennen, ihren Standpunkt nicht zum Ausdruck gebracht habe. Der britische Botschafter in Japan glaubte, dass Japan bei der Frage der Anerkennung mit dem Vereinigten Königreich im Einklang stehen würde. „Sobald die republikanische Regierung proklamiert ist und die Regierungen gezwungen sind, sie anzuerkennen, sollte die japanische Regierung nicht die Absicht haben, sich von der britischen Regierung zu distanzieren und eine besondere Haltung einzunehmen.“[16]

Japan hatte eine wichtige Rolle bei der Verzögerung der Anerkennung durch die westlichen Mächte gespielt, und diese Schlussfolgerung scheint derzeit noch angemessen zu sein.[17] Japan hatte die westlichen Mächte daran gehindert, die Republik China anzuerkennen, und versuchte, eine führende Rolle zu spielen. Die vorhandenen Archivalien haben diesen Punkt vollständig geklärt. Die historischen Daten zeigen jedoch, dass Japan vor der Abdankung des Qing-Kaisers keinen Plan zur Anerkennungsfrage vorschlug, und sich auch nicht ernsthaft mit dem Thema befasste. Stattdessen untersuchten Großbritannien und Russland nacheinander die Haltung Japans zu diesem Thema. Schon lange bevor Yuan Shikai zum Präsidenten gewählt wurde, hatten Japan und Russland geheime Gespräche über die Aufteilung der Interessen beider Länder in China aufgenommen. Am 24. Januar traf der japanische Botschafter in Russland, Ichirō, mit dem russischen Außenminister zusammen, um die Nord-Süd-Grenzen der Mandschurei und die Aufteilung des Einflussbereichs in der Inneren Mongolei zu erörtern. Russland schlug vor, „Wenn Japan und Russland den Einflussbereich der Inneren Mongolei aufteilen, ist es angemessener, eine neutrale Zone zwischen den beiden Einflussbereichen festzulegen“, und Japan erwiderte „Wir hegen ein wenig Zweifel an der Einrichtung einer neutralen Zone. Aber wenn Ihre Regierung diesen Plan vorschlägt, kann ich ihn sofort unserer Regierung zur vollständigen Prüfung unterbreiten.“ Zu dieser Zeit schlug Russland vor, die Republik China anzuerkennen und forderte Japan nachdrücklich dazu auf. Der russische Außenminister hatte erkannt, dass die republikanische Regierung in naher Zukunft gebildet werden würde. „Wenn die republikanische Regierung gebildet wird, werden die Regierungen zwangsläufig dazu aufgefordert, sie anzuerkennen“, „Könnten Japan und Russland zu diesem Zeitpunkt weiter versuchen, die Rechte beider Länder in der

Mandschurei als Austauschbedingung für die Anerkennung der neuen Regierung zu festigen?“ Ichirō schlug vor, dass die japanische Regierung kategorische Maßnahmen ergreifen solle.[18] Nachdem die japanische Regierung von Russlands Vorschlag erfahren hatte, antwortete sie Ichirō: „Der russische Außenminister spricht über die Anerkennung der republikanischen Regierung des Qing-Landes, und die Regierung zieht dies wegen der Bedeutung in Betracht.“ Zu diesem Zeitpunkt hatte Japan zunächst den Grundsatz der sogenannten nationalen Koordinierung zum Ausdruck gebracht: „Bisher haben sich alle Regierungen an den Grundsatz der Aufrechterhaltung der internationalen Koordinierung gehalten. Wenn wir die Anerkennung der neuen Regierung bekanntmachen, würden wir auch eine koordinierte Anpassung vornehmen.“ Auf der Grundlage dieser Position schlug Japan vor, dass Japan und Russland mit anderen Ländern Schritt halten sollten.[19]

In Bezug auf das Völkerrecht erkannten die westlichen Mächte vor dem Abtritt des Qing-Kaisers die Republik China nicht an, es war nicht nur ein zentraler Punkt für die Republik China, sondern es gab auch Beispiele für die Ausübung der internationalen Beziehungen zu dieser Zeit. Es wurde allgemein angenommen, dass es nicht nur ein Verstoß gegen die Würde des Mutterlandes, sondern auch eine international rechtswidrige Handlung sei, als die kriegführende Gruppe auf unzeitige und eifrige Weise als neues Land anerkannt wurde. Als Panama sich im Jahr 1903 von Kolumbien abgespaltete, erkannten die Vereinigten Staaten das Land sofort als unabhängig an. Es wurde allgemein angenommen, dass das amerikanische Verhalten eine Einmischung darstelle.[20] In Bezug auf Chinas innenpolitische Situation vor der Abdankung des Qing-Kaisers war es nach wie vor die Qing-Regierung, die China international rechtlich vertrat, obwohl die Revolutionäre eine Interimsregierung in Nanjing einrichteten und Sun Yat-sen als Interimspräsidenten wählten. Die Qing-Regierung verfügte immer noch über beträchtliche militärische Stärke. Die von Yuan Shikai kontrollierte Neue Armee der nördlichen Warlords war nominal immer noch die Armee der Qing-Regierung. Daher wurde die Republik China theoretisch nicht wirklich gegründet, arbeitete aber auf dieses Ziel hin. Yuan Shikais Bitte um das Versprechen, der republikanischen Regierung unter seiner Verwaltung Anerkennung zu erteilen, und Sun Yat-sens Antrag auf Anerkennung der Republik China wurden wegen der formellen Existenz der Qing-Regierung hinsichtlich des Völkerrechts nicht realisiert. Zu diesem Zeitpunkt war die Nichtanerkennung der Republik China durch die westlichen Mächte immer noch gut begründet. Nachdem der Qing-Kaiser seinen Rücktritt angekündigt hatte, hatten sich die verschiedenen Verzögerungen der Anerkennung ihrer Natur nach geändert.

Am 12. Februar 1912 stellte der Qing-Kaiser eine Rücktrittsbescheinigung aus: „Hier habe ich als Kaiser ausdrücklich die Herrschaft des Landes dem ganzen Land verkündet und es als konstitutionelle Republik bezeichnet... das heißt, Yuan Shikai als Bevollmächtigter soll die vorübergehende republikanische Regierung organisieren und mit Zivilisten und der Armee verhandeln.“[21] Bisher hatte sich die feudale Monarchie, die China über 2. 000 Jahre regiert hatte, aus der historischen Arena zurückgezogen. Am 13. Februar trat Sun Yat-sen als vorläufiger Präsident zurück und empfahl dem Senat Yuan Shikai als vorläufigen Präsidenten. Am 15. Februar wurde Yuan Shikai mit voller Abstimmung zum vorläufigen Präsidenten der Republik China

gewählt. Am zweiten Tag nach der Verkündung der Abdankung rief das Außenministerium alle Botschaften im Ausland an, „alle Minister in provisorische diplomatische Vertreter umzubenennen und ihre Arbeit fortzusetzen“. Chinas moderne Diplomatie begann im wahrsten Sinne des Wortes mit der Ära der Republik China. Am 11. März wurde die Interimsregierung der Republik China eingesetzt, und das Außenministerium rief die diplomatischen Vertreter an: „Das Außenministerium wird an diesem Tag unter der provisorischen Interimsregierung der Republik China eingesetzt. Präsident Yuan hielt am 10. März eine Zeremonie ab. Alle internationalen Verträge, die mit sämtlichen Ländern vor der Qing-Dynastie geschlossen wurden, werden von der Regierung der Republik China fortgesetzt. Alle abgeschlossenen, noch nicht abgeschlossenen und in Zukunft beginnenden Verhandlungen werden von den provisorischen diplomatischen Vertretern des Gastlandes fortgesetzt.“[22]

Was das Problem der Anerkennung betraf, bedeutete der Rücktritt des Qing-Kaisers die Vollendung des Regierungswechsels und die Stellung der Republik China als einzige gesetzliche Regierung, die China im internationalen Recht vertreten könne. Seitdem war Japan ein Land geworden, das maßgeblichen Einfluss auf die Frage der Anerkennung hatte, und versuchte, die Entscheidungsgewalt zu erlangen. Am 21. Februar 1912 schlug Japan ein Memorandum über die Anerkennung der Frage vor und konsultierte andere Länder zu den Bedingungen der Anerkennung. Das Memorandum empfahl den Ländern, von der Republik China die Garantie zu verlangen, dass Ausländer „weiterhin alle ihre Rechte, Vorrechte und Immunitäten in China behalten“ dürfen, einschließlich des Privilegs, keine vertragliche Grundlage zu besitzen, und empfahl den Ländern, gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen. Angesichts der gemeinsamen Interessen Japans und Russlands prüfte Japan zunächst die Haltung Russlands. Der japanische Außenminister Uchida Kōsai rief den Botschafter in Russland, Hirano, an und sagte, dass „angesichts der gegenwärtigen Situation, die uns früher oder später zwingt, die neue Regierung anzuerkennen“, empfohlen wurde, „Japan und Russland und andere Länder gleichzeitig anzuerkennen“. Er hatte Hirano auch angefordert, die Meinung der russischen Regierung zu erbitten.[23] Am 21. rief Uchida den japanischen Botschafter bei der britischen Botschaft Yamaza Enjiro an und sagte, „dass es angesichts der gegenwärtigen Situation in China schwer vorhersehbar sei, wann die Anerkennung der neuen Regierung erfolgen würde“. Die Regierung beabsichtige, zuerst die eigene Meinung zu äußern, um Rat bei den Regierungen einzuholen. „Es war geplant, zuerst die drei Länder Russland, USA und Großbritannien zu konsultieren und es dann auf andere Länder auszudehnen.“[24] Der genaue Zeitpunkt für den Erhalt des Memorandums durch das Vereinigte Königreich ist nicht bekannt, sollte jedoch zwischen dem 21. und dem 23. liegen. Da das Vereinigte Königreich bereits am 24. eine Stellungnahme zu dem Memorandum abgegeben hatte, war es grundsätzlich einverstanden, die Einzelheiten mussten jedoch erörtert werden.[25] Die Vereinigten Staaten hatten am 23. ein Memorandum erhalten und am 27. eine Erklärung abgegeben: Solange Japan den Anerkennungsprozess nicht absichtlich aufschiebt, stimmen die Vereinigten Staaten dem Grundsatz des gemeinsamen Handelns grundsätzlich zu und seien bereit, weitere Fragen zur Garantieklausel zu beantworten. Die Vereinigten Staaten machten die japanische Regierung auch darauf aufmerksam, dass Chinas Vertragsverpflichtungen nicht direkt mit

dem Wechsel der Regierung zusammenhingen. Die Interimsregierung musste natürlich die Verpflichtungen der ursprünglichen Regierung übernehmen, und die Vereinigten Staaten mussten mit dieser Regierung in Kontakt bleiben, bis die Regierung endlich internationale Anerkennung erlangte.[26]

Das Vereinigte Königreich stimmte dem im japanischen Regierungsmemorandum vorgeschlagenen Ansatz grundsätzlich zu, erforderte jedoch nur eine gesonderte Erörterung einzelner Einzelheiten. Das japanische Memorandum stimmte mit der französischen Politik überein: „Nach Erhalt der japanischen Note stimmte man der Sicherheitskarte des französischen Außenministers Raymond Poincaré nachdrücklich zu, sagte jedoch, dass der in Peking ansässige Botschafter nach dem Erhalt des Einverständnisses von Russland und Großbritannien erst die Note über Anerkennung bekanntmache.“[27] Auch Deutschland stimmte dem japanischen Vorschlag zu.[28] Japan hatte im Grunde die Unterstützung von Russland, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten gewonnen. Österreich antwortete Japan nicht und Italien gab an, dass keine endgültige Entscheidung getroffen wurde. In der ersten Antwort der Länder gab es grundsätzlich keine Einwände gegen die Frage der gegenseitigen Anerkennung. Der Vorschlag der Vereinigten Staaten war aus völkerrechtlicher Perspektive der objektivste, entsprach der internationalen Praxis und konnte als Reflexion dienen. Mit Unterstützung des Vereinigten Königreichs hatte Japan die „Bedingungen für die Anerkennung der neuen Regierung Chinas“ ausgearbeitet, und am 23. März hatten die japanischen Botschafter im Vereinigten Königreich, in den Vereinigten Staaten, in Russland, Frankreich, Deutschland und Italien die Bedingungen für die Anerkennung weiter präzisiert.[36] Nach der Aufschlüsselung hatten sich die Länder vorübergehend auf die Anerkennung der Republik China geeinigt.

Am 1. April trat Sun Yat-sen offiziell als vorläufiger Präsident zurück. Am 5. beschloss der vorläufige Senat, die Regierung nach Peking zu verlegen, und die Republik China vollendete angeblich die nationale Wiedervereinigung. Das Problem der Anerkennung war in eine neue Phase eingetreten.

1. 1. 3 „Die Gründung liegt bei mir, die Anerkennung liegt bei anderen“:

Untersuchung der Anerkennung der Regierung der Republik China und die Reaktionen darauf

Vom Wuchang-Aufstand bis schließlich zur Anerkennung der Republik China gab es drei Phasen von Kämpfen um die Frage der Anerkennung. Die erste Etappe war vom Wuchang-Aufstand bis zur Gründung der Republik China, die zweite von der Gründung der Republik China bis zum Abtritt des Qing-Kaisers, die dritte wiederum von der Abdankung des Qing-Kaisers bis zur Anerkennung der Republik China. Während dieser Phase trat Sun Yat-sen als Interimspräsident am 1. April offiziell in den Ruhestand, die Interimsregierung wurde nach Peking verlegt und andere wichtige politische Veränderungen fanden auch statt. Das Ende der ersten Phase basierte auf der Gründung der Republik China am 1. Januar 1912, da die Militärregierung von Hubei zuvor die westlichen Mächte gebeten hatte, sie als kriegführende Gruppe anzuerkennen, und hoffte, dass die westlichen Mächte neutral sein und später die Legitimität

der Regierung der Republik China anerkennen würden. Die westlichen Mächte aufzufordern, die Regierung der Republik China als chinesische Regierung anzuerkennen, war ein wichtiger Wendepunkt. Die Abdankung des Qing-Kaisers war nicht nur ein Zeichen für das Ende der feudalen Monarchie in China, sondern auch für den Verlust der Identität des Völkerrechts der Qing-Regierung. In Bezug auf die Außenbeziehungen vertrat die Qing-Regierung China nicht mehr, und die von allen Ländern anzuerkennende politische Situation der Interimsregierung von Nanjing wurde grundlegend geändert, sodass sie als Symbol für das Ende der zweiten Phase bezeichnet wird. Die zweite Phase stellte einen Übergang dar. Obwohl die Qing-Regierung aufgehört hatte zu existieren, befanden sich die Interimsregierung von Nanjing und die politische Kraft von Yuan Shikai immer noch in der Opposition. Es gab keine nationale Einheitsregierung in China. Es war immer noch unmöglich festzustellen, wer China auf internationaler Ebene vertrat. Die Abdankung des Qing-Kaisers und der Umzug der Interimsregierung nach Peking stellten das Entstehen einer nationalen Einheitsregierung dar. Die Republik China verfügte bereits über alle notwendigen Elemente, um anerkannt zu werden. Während der späten Qing-Dynastie wurde die Republik China gegründet, damals ging es auf der Ebene des Völkerrechts um die Frage der Regierungsnachfolge. Alle Rechte und Pflichten Chinas gingen von der späten Qing-Regierung auf die Regierung der Republik China über. Eine Regierungsnachfolge unterscheidet sich von der Staatsnachfolge. In der Praxis der internationalen Beziehungen tritt die Frage der Regierungsnachfolge häufiger auf.“ „Im Falle von Regierungsänderungen, sei es auf normale verfassungsmäßige Weise oder infolge eines Putsches oder einer erfolgreichen Revolution, wird allgemein anerkannt, dass das neue Regime in allen Angelegenheiten, die die internationalen Rechte und Pflichten des Landes betreffen, das frühere Regime ersetzt.“[30] Für ein neues Regime, das mit revolutionären Mitteln errichtet wurde, muss das Ausland entscheiden, ob „der neue Staat wirklich und dauerhaft errichtet wurde oder ob er nur auf dieses Ziel hingearbeitet hat und keinen Erfolg vorweist“. [31] In Bezug auf die Anerkennung von Yuan Shikai nach seiner Wahl zum Interimspräsidenten wurde darauf hingewiesen, dass China eine scheinbare Wiedervereinigung vollzogen hatte. „Aus Sicht des Völkerrechts hatten die westlichen Mächte nicht viel Spielraum beim Thema der Anerkennung. Da es in China derzeit keine zwei unabhängigen Regierungen gab und die Ablösung der Qing-Dynastie durch die republikanische Regierung eine rein chinesische Angelegenheit war, war es für die einzige chinesische Regierung kein Problem, von den ausländischen Mächten anerkannt zu werden.“[32]

Nach der Gründung der Republik China wurde eine externe Erklärung abgegeben, in der die Länder aufgefordert wurden, diese anzuerkennen. In Bezug auf diese Erklärung und die verschiedenen aufgeführten Bedingungen äußerte Wu Tingfang zu der Zeit unterschiedliche Ansichten: „Hinsichtlich der Benachrichtigung an die Ausländer und der Erfordernisse der Anerkennung müssen wir weder auf die Antworten der Länder warten, noch die aufgelisteten Bedingungen übernehmen.“ Die genannten Gründe brachten es auf den Punkt: „Die Gründung liegt bei mir, die Anerkennung liegt bei den anderen“; „Hauptsache, es liegt an unseren eigenen Bemühungen.“ Wu Tingfang betonte, der Schlüssel zum Problem der Anerkennung ruhe in der „Errichtung einer einheitlichen Regierung als oberste Priorität“ nach der Abdankung

des Qing-Kaisers. „Wenn die Einheitsregierung noch nicht eingerichtet ist, können Außenstehende sie nicht erkennen.“[33]

Der historische Prozess bestätigte Wu Tingfangs Voraussicht für die Angelegenheit der Anerkennung, aber seine rein rechtliche Analyse betonte zu sehr seine eigenen Bemühungen und ignorierte die jeweiligen Überlegungen der westlichen Mächte zur Anerkennung. In Bezug auf die Abdankung des Qing-Kaisers schlug er vor, dass „Yuan Shikai mit der provisorischen Regierung von Nanjing verhandeln solle, um die Vereinheitlichung der Regierung des gesamten Landes zu vereinbaren. Nach der Errichtung einer einheitlichen Regierung wird die Ordnung des gesamten Landes vereinheitlicht und diese vereinheitlichte Regierung kann von allen Ländern anerkannt werden.“[34] Wus Standpunkt war nicht isoliert: Chen Qimei, Wen Zongyao und Wang Jingwei waren sich einig. Es sollte anerkannt werden, dass die Ansicht von Wu Tingfang, „Die Gründung liegt bei mir, die Anerkennung liegt bei den anderen“, zweifellos durchaus vernünftig sei. Es sollte der Regierung der Republik China nicht darum gehen, ob die Länder dies anerkennen oder nicht. Ansonsten würde dieses Problem leicht von den betroffenen Ländern für ihre eigenen Zwecke genutzt werden. Dieses Verständnis unterschätzte jedoch die tatsächlichen Interessen der Länder an der Anerkennung. Die Fakten hatten gezeigt, dass es nicht so selbstverständlich war, die Anerkennung von den westlichen Mächten gleich nach der Gründung der Einheitsregierung zu erhalten, wie es Wu Tingfang erwartet hatte. Im Jahr 1913 wurde auf der Konferenz zur Untersuchung des Vertrags des Außenministeriums speziell über die Frage der Anerkennung berichtet und man analysierte die verschiedenen Situationen der Anerkennung. Der Bericht untersuchte die Elemente der Anerkennung, ihre Geschwindigkeit, ihre Vor- und Nachteile, die Verfahren für die Anerkennung und die Frage, ob die Interimsregierung anerkannt werden könne. In der späten Qing-Dynastie wurde die Republik China gegründet, und die Fakten und die Rechtsprechung gehörten zum Regierungswechsel. Chinas internationale Rechtspersönlichkeit war nicht verschwunden. Der Bericht hatte ein sehr klares Verständnis dafür: „Die Anerkennung, die wir heute behandelt haben, bezieht sich nicht auf die Anerkennung des Staates, sondern auf die Anerkennung der Regierung“.[35]

Ob die Republik China von allen Ländern anerkannt wurde, hatte keinen Einfluss auf die nationalen Rechte Chinas. Ob sie anerkannt wurde oder nicht, die Provisorische Regierung der Republik China konnte ihre nationalen Rechte ausüben und musste auch entsprechende Verpflichtungen tragen. Der Bericht beklagte, dass „die Rechtsprechung oft nicht den Tatsachen entspricht“. Die Republik China verlangte möglicherweise nicht die Anerkennung aller Länder, die inländische Realität erlaubte dies jedoch nicht. „Nach der Anerkennung der Republik China sind ausländische Gelder leicht zu leihen und inländische Schulden leicht anzuhäufen, andernfalls reichen Kredite nicht aus, sodass es viele Einschränkungen bei der Durchführung von Maßnahmen gibt. Die Vor- und Nachteile der Anerkennung und Nichtanerkennung liegen auf der Hand.“[36]

Der Bericht war der Ansicht, dass es keine feste Form des Anerkennungsverfahrens gab: „In Bezug auf die Faktenrecherche scheint es jedoch nicht mehr als zwei Situationen zu geben, nämlich die formale Anerkennung und die implizite Anerkennung.“ Darüber hinaus wurde zwischen getrennter und gemeinsamer Anerkennung